



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2015

China unter Xi Jinping: Der Gesellschaftsvertrag bröckelt

Grano, Simona Alba

Abstract: In China sind viele neue Gesetze erlassen worden. Sie dienen aber nicht dem Bürger, sondern dem Machterhalt der Partei. Die Gefahr, dass diese an Einfluss verliert, war lange nicht so gross wie heute.

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-112466>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Grano, Simona Alba. China unter Xi Jinping: Der Gesellschaftsvertrag bröckelt. In: Neue Zürcher Zeitung, 26 August 2015, 12.

China zwischen Reform und Rückschritt

Der Gesellschaftsvertrag bröckelt

Gastkommentar

von SIMONA GRANO

Was hat Xi Jinping im Sinn? Seit seinem Amtsantritt 2013 wurden in China Gesetze verabschiedet, die wenig Zweifel daran lassen, dass die Kommunistische Partei (KPC) ihre Kontrolle über Nation und Bürger ausbauen will. Die jüngsten Massnahmen lassen allerdings auch ein Gefühl der Unruhe innerhalb des Staatsapparats erahnen. Der implizite Gesellschaftsvertrag zwischen der Partei und dem Volk, wonach die Partei den wirtschaftlichen Wohlstand fördert, die Bürger dafür aber keine weiteren Rechte einfordern, gewährleistete zwar die wirtschaftliche Modernisierung. Doch mehren sich in den vergangenen Wochen die Anzeichen, dass der überdurchschnittliche wirtschaftliche Aufschwung abflaut. Gleichzeitig werden immer wieder neue Korruptionsskandale bekannt, die den Ruf der Partei beschädigen.

Xi hat der Korruption zwar den Kampf angesagt. Aber die Kampagne muss unter dem erwähnten Aspekt des mehr und mehr bröckelnden Gesellschaftsvertrags gesehen werden. Sie ist ein Versuch der Partei, das Gesicht zu wahren und gleichzeitig soziale Unzufriedenheit im Keim zu ersticken.

Dass über besonders aufsehenerregende Fälle, wie etwa die Verurteilung des ehemaligen Chefs des Sicherheitsapparats, Zhou Yongkang, in sozialen Netzwerken heftig diskutiert und dabei auch Kritik an der Partei geübt wird, sorgt in den Führungsgremien allerdings für Unbehagen.

Da Ideologie heute nicht mehr denselben Einfluss auf die Bevölkerung ausübt wie einst, sucht die Partei ein neues Instrument, um ihre Position zu festigen. Gesetze scheinen ihr dafür das perfekte Mittel. Einerseits verleihen sie Glaubwürdigkeit. Andererseits werden sie derart vage formuliert, dass sie viel Spielraum in der Umsetzung und Interpretation lassen. Dies wird bei den Gesetzesentwürfen deutlich, die in den vergangenen Monaten veröffentlicht wurden. Das Gesetz zur nationalen Sicherheit befasst sich statt mit regulären Sicherheitsfragen mit ideologischen und theoretischen Rechtfertigungen. Die Gewährleistung von Sicherheit in ausdrücklich allen Bereichen – einschliesslich Bildung und Kultur – steht dabei im Mittelpunkt.

Auch hinter den lang erwarteten Auflagen für ausländische Nichtregierungsorganisationen sowie dem Anti-Terror-Gesetz steckt die Absicht, die Kontrolle der KPC über Bereiche zu erhöhen, die als «Bedrohung» für das Überleben der Partei angesehen werden. Die Gesetze sind alle derart vage formuliert, dass sie viel Raum für die Umsetzung ideologischer Ziele bieten.

Zusammen mit dem Versuch, die Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht in Hongkong als «rechtswidrig» zu brandmarken, zeigen all diese Massnahmen eine Verlagerung von vormals ideologisch orientierten Kämpfen hin auf ein komplizierteres Terrain: die chinesische Konzeption von Rechtsstaatlichkeit. Statt das Gesetz als eine Möglichkeit zu sehen, Bürgerrechte zu wahren und zu schützen und, falls nötig, den Einflussbereich der Partei beziehungsweise des Staates zu beschneiden, verfolgt Chinas Regierung das genau gegenteilige Ziel. Durch die Beschneidung bürgerlicher Freiheiten und die strikte Kontrolle der Bevölkerung wird das Gesetz zu einem Instrument zur Durchsetzung politischer Ziele.

Dabei kann man sich die Frage stellen, warum durch einen Rechtsrahmen gerechtfertigt werden muss, was ohnehin schon seit vielen Jahren als Status quo anerkannt ist. Im Unterschied zu früher gibt es inzwischen Hinweise darauf, dass die Partei ihre Position in Gefahr sieht. Experten wollen in jüngster Zeit ein teilweise «schizophrenes» Verhalten der Behörden festgestellt haben, zum Beispiel im Umgang mit dem Film «Under the Dome.» Zunächst gratulierte man im März der ehemaligen Moderatorin des Staatsfernsehens, Chai Jing, zu ihrem Dokumentarfilm, der sich mit den Folgen der immensen Luftverschmutzung im Land auseinandersetzt. Nachdem sich der Film im Internet rasend schnell verbreitet hatte, ordneten die Behörden allerdings seine Entfernung aus sämtlichen Online-Plattformen an – vermutlich aus Angst, dass er die Unzufriedenheit befördern könnte.

Umweltzerstörung und andere soziale Fragen wie Landenteignung, Entwicklungsfragen, Arbeitskämpfe oder ethnische Konflikte gehören neben der Korruption zu den am meisten diskutierten Themen in Chinas Online-Foren. Die KPC ist sich inzwischen sehr bewusst, dass ihre Vormachtstellung – im Gegensatz zu früher – auf dem Spiel steht, sollte sie ihre Bürger nicht mehr zufriedenstellen können. Xi Jinping hat sich zum Ziel gesetzt, diese Gratwanderung zu meistern – unter besonderer Berücksichtigung des Rechtssystems.

Simona Grano ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Asien-Orient-Institut der Universität Zürich. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen zeitgenössische chinesische Gesellschaft, Recht und Umweltfragen sowie Umweltbewegungen in Taiwan und China.